



www.dielinke-berlin-mitte.de

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

mittendrin

Ausgabe 07/08 | 2023 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

GEMEINSAM GEGEN DEN AUSVERKAUF DER STADT!



Franziska Brychcy ist seit Mai Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE in Berlin. Nachdem wir ein Gespräch mit Maximilian Schirmer, ihrem Co-Vorsitzenden, in der vorigen Ausgabe veröffentlichten, trafen wir nun Franziska zum Blitz-Interview und baten auch sie, angefangene Sätze zu ergänzen:

Ich bin zur Wahl angetreten, weil ich DIE LINKE in Berlin gemeinsam mit meinen Genoss*innen weiter aufbauen und stärken möchte.

Besonders wichtig ist mir, dass wir als Berliner LINKE eng mit stadtpolitischen

Akteur*innen, Initiativen und Verbänden zusammenarbeiten.

Als Erstes will ich mich mit der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ treffen.

Mit dem Konzept „Stadt von unten“ verbinde ich, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort aktiv werden, praktische Solidarität organisieren, durch Aktionen zusammen Druck machen und diesen in die Parlamente tragen, wie zuletzt für den Erhalt der Galeria/Karstadt/Kaufhof-Warenhäuser.

Im Westteil der Stadt kämpfen wir wie in allen Kiezen Berlins für bezahlbare Mieten

und gegen Verdrängung, denn die Stadt gehört uns allen, nicht den Konzernen!

An den Berliner Schulen brauchen wir durch eine Ausbildungsoffensive und einen Staatsvertrag Lehrkräftebildung genug pädagogisches Personal und genug Schulplätze für alle Kinder, unabhängig von der Herkunft.

Die Pluralität der LINKEN ist eine Stärke, wenn wir zusammenhalten und uns auf das Gemeinsame fokussieren, denn wir brauchen jede und jeden für einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf, für den wir uns jeden Tag einsetzen.

➤ *Fortsetzung auf Seite 2*

BILDUNGSUNGERECHTIGKEIT

In Berlin streiken die Lehrer. Warum eigentlich? Was sind ihre Forderungen?

Seite 2 ▷

STADTENTWICKLUNG

Der neue Mietspiegel wurde im Juni veröffentlicht. Hat das Konsequenzen für die Mieter?

Seite 3 ▷

WOHNUNGSVERGESELLSCHAFTUNG

Ist der Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne umsetzbar?

Seite 7 ▷

➤ Fortsetzung von Seite 1

Ganz gut kann ich Genoss*innen und mich selbst für politische Projekte begeistern (lacht).

Meine Schwäche ist meine Mousse au Chocolat – Abhängigkeit.

Mein liebster Ort in Berlin ist oben auf dem Fernsehturm.

Zuletzt gelesen habe ich „Gebraucht, beklatscht - aber bestimmt nicht weiter so!“ über die Berliner Krankenhausbewegung.

Am liebsten esse ich Eierkuchen mit Puderzucker.

In meiner Freizeit gehe ich gern schwimmen.

Im Urlaub fahre ich mit meiner Familie an die Ostsee.

Und sonst so? Danke ich, wir werden es gemeinsam schaffen, DIE LINKE Berlin zu stärken, eine kämpferische Opposition gegen Schwarz-Rot und den Ausverkauf der

Stadt zu sein, für die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Umsetzung der Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne zu kämpfen, neue Mitglieder zu gewinnen und dass uns die gemeinsame politische Arbeit auch Spaß macht!

Danke, Franziska, sagt **Georg Fehst** und wünscht viel Erfolg in der neuen Verantwortung.

Zur Person: Franziska Brychcy

Sie wurde 1984 in Meißen geboren, wuchs in Thüringen auf und wohnt seit 2003 in Lichterfelde im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Franziska studierte Europa- und Politikwissenschaft in Paris und an der FU Berlin. Sie war acht Jahre Bezirksvorsitzende der LINKEN Steglitz-Zehlendorf, ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus und engagiert sich besonders in den Politikbereichen Bildung und Hochschule. Franziska lebt in fester Partnerschaft mit fünf Kindern.

➤ Bildungsgerechtigkeit und steigende Arbeitsbelastung

Personalknappheit und die Weigerung der neuen CDU-Bildungssenatorin, die Bewerbungen für Schulen zu steuern, verschärfen die Lage an unseren Schulen. Lehrkräfte streiken zum 14. Mal für bessere Arbeitsbedingungen.

Für das neue Schuljahr fehlen gut 1.500 Lehrkräfte. Verschärft wird der Mangel noch dadurch, dass seit Jahren gut zwei Drittel der neu eingestellten Lehrkräfte gar keine Lehramtsausbildung haben, sondern Quer- und Seiteneinsteigende sind. Diese Kolleg*innen retten den Berliner Schulen den Hals. Dabei sind noch nicht einmal die 11.000 Kinder und Jugendlichen berücksichtigt, die nach Berlin geflüchtet sind. Etwa 1.600 von ihnen warten noch auf einen Schulplatz. Der Mangel ist zudem noch sehr ungerecht verteilt: An einigen Gymnasien in Zehlendorf bewerben sich noch genügend voll ausgebildete Lehrkräfte, während Schulen in Wedding, Marzahn-Hellersdorf oder Neukölln seit Jahren keine ausgebildete Lehrkraft mehr einstellen konnten. Als erste Amtshandlung hat die neue CDU-Bildungssenatorin den zarten Ansatz einer zentralen Steuerung der Bewerber*innen von Rot-Grün-Rot wieder kassiert. Mit der Folge, dass die wenigen neuen Bewerbungen in den Brennpunktbezirken sofort einbrachen und die reicheren Bezirke eine noch größere Auswahl bekamen.

Die Folgen dieser ungerechten Verteilung sind eine weiter zunehmende Bildungsgerechtigkeit und steigende Arbeitsbelastung der Kolleg*innen. Es gibt nicht einmal Ausgleich dafür, wenn die Klassen größer werden. Anders als zum Beispiel bei den Krankenhäusern von Charité und Vivantes, wo ein Tarifvertrag der ver.di den Personalschlüssel bei der Pflege regelt. Die GEW, in der Lehrkräfte und Erzieher*innen organisiert sind, rief Anfang Juni nun bereits das 14. Mal zum Streik für einen Tarifvertrag für kleinere Klassen auf. Alle Parteien forderten vor der Wahl kleinere Klassen. Dieses Ziel hätte man also mit einer Änderung des Schulgesetzes erreichen können. Doch nach der Wahl wollen CDU und SPD hiervon nichts mehr wissen. Die Linke unterstützt vor und auch nach der Wahl diese Forderung und solidarisiert sich mit den Streikenden. Danke dafür!

Tom Erdmann,
Vorsitzender der
GEW BERLIN



Hans Modrow, unser ehemaliger Ministerpräsident und langjährige Vorsitzende des Ältestenrates der LINKEN, wollte zu seinem **95. Geburtstag** keine Blumen, er wollte Geldspenden für Kuba. Insgesamt kamen 24.075 Euro zusammen, die der Grundschule „Tamara Bunke“ in der Provinz Mayabeque zugutekommen sollen. Seine Witwe, Gabi Lindner, und der Leiter der Modrow-Stiftung, Torsten Hochmuth, übergaben gemeinsam mit Steffen Niese von Cuba Sí und dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Tobias Bank, das Geld in Form eines symbolischen Schecks an die kubanische Botschafterin Juana Martínez González (3.v.l.). Die Botschafterin Martínez González dankte und wertete die Spende als Beweis für die ungebrochene Solidarität von Hans und der LINKEN mit dem kubanischen Volk und seiner Revolution.

BEI ANDEREN GELESEN

Mit Parlamentarischen Anfragen kann die Opposition Regierungspolitik hinterfragen und Missstände öffentlich machen. Einige Beispiele aus der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

Die **Berliner Zeitung** berichtet: „Die Zahl der Einkommensmillionäre in Deutschland steigt von Jahr zu Jahr, doch der Staat hat nur wenig davon. Denn parallel zum Zuwachs der Bestverdiener ist die Zahl der Steuerprüfungen gesunken – obwohl die Erfolgsquote sehr hoch ist. Das geht aus einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch (Die Linke) an das Bundesfinanzministerium hervor. Demnach gab es im Jahr 2022 in Deutschland insgesamt 15.133 Einkommensmillionäre. Bei 870 von ihnen wurden Steuerprüfungen bisher abgeschlossen – in 661 Fällen mussten Steuern nachgezahlt werden.“ Gesine Löttsch: „Wenn die Bundesregierung die Steuern nicht erhöhen will, dann sollte sie wenigstens dafür sorgen, dass Einkommensmillionäre ihre Steuern ordentlich bezahlen.“

„Deutschlandweit haben Behördenberechnungen zufolge zuletzt 378.000 Plätze in Kindertagesstätten gefehlt“, zitiert der **Merkur** aus München die Antwort des Familienministeriums auf eine LINKEN-Anfrage. Weiter heißt es: „Trotz eines Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem ersten vollendeten Lebensjahr werde den Kindern die ‚Chance auf frühkindliche Bildung und soziales Lernen vorenthalten‘, kritisierte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidi Reichenek. (...) Von den ständig steigenden Kosten für Kitas von mittlerweile jährlich knapp 50 Milliarden Euro trage der Bund nicht mehr als 2,8 Milliarden Euro.“

Über die Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen ist im **Tagesspiegel** zu lesen: „Die Kosten für Truppenmanöver der Bundeswehr werden in diesem Jahr auf voraussichtlich 311 Millionen Euro steigen. Damit liegen die Kosten deutlich über jenen des Vorjahres, als sie sich auf 189 Millionen Euro summierten, und über den Kosten im Jahr 2021 mit 96 Millionen Euro. (...) Die Linken-Außenexpertin Dagdelen kritisierte es als ‚einfach skandalös, mit welcher Leichtigkeit die Ampelregierung binnen kürzester Zeit die Ausgaben für Militärmanöver verdoppelt und verdreifacht‘. Für andere Vorhaben wie etwa die Kindergrundsicherung fehle hingegen das Geld.“

Neuer Mietspiegel vom 15.06.2023:

Erstmals Vergleichsmiete in Berlin über sieben Euro pro Quadratmeter

MIETERVEREIN empfiehlt, Mieterhöhungen unbedingt überprüfen zu lassen

Die mittlere ortsübliche Berliner Vergleichsmiete liegt nach dem neuen Mietspiegel vom 15.06.2023 erstmals über sieben Euro je Quadratmeter. Mieterhöhungen stehen bevor. Denn der Spielraum für die Vermieter hat sich vergrößert.



Beratungszentrum des BMV, Müllerstraße 135, neben dem U-Bhf Seestraße

Auf die übliche Geltungsdauer von zwei Jahren gerechnet beträgt die Mietsteigerung mit dem neuen Mietspiegel 5,4 Prozent. Im Mittel steigt sie nun von 6,79 auf 7,16 Euro je Quadratmeter. Der neue Mietspiegel begrenzt aber auch die Möglichkeiten für die Vermieter. Sie dürfen bei Erhöhungen in laufenden Verträgen die ortsübliche Vergleichsmiete nicht überschreiten. Eine zweite Beschränkung ist die sogenannte Kappungsgrenze. Die Erhöhungen dürfen in angespannten Wohnungsmärkten wie Berlin 15 Prozent in drei Jahren nicht überschreiten. Der Mietspiegel ist relevant für 1,5 Millionen Wohnungen in Berlin.

Der Berliner Mieterverein (BMV) empfiehlt Mietern, Mieterhöhungen unbedingt überprüfen zu lassen. „Mit Veröffentlichung eines neuen Mietspiegels nutzen viele Vermieter meist sehr schnell diese Möglichkeit“, so Wibke Werner vom BMV. Allerdings dürfen Mieten nur alle 15 Monate erhöht werden. Im Mai 2024 soll dann bereits wieder ein neuer Mietspiegel veröffentlicht

werden. Die üblichen zwei Jahre werden diesmal unterschritten, weil dem jetzigen „Übergangs-Mietspiegel“ ein Rechtsstreit vorausging. Deswegen musste jetzt ein „einfacher“ Mietspiegel angeboten werden, d.h.: die Tabellenwerte aus 2021 wurden lediglich mit einem Preisindex fortgeschrie-

ben. Auf gemeinsame Tabellenwerte konnten sich vorher Mieter- und Vermietervertreter nicht einigen. Ohne Mietspiegel könnten Vermieter nach der gegenwärtigen Rechtsprechung Mieterhöhungen vor Gericht mit lediglich drei „vergleichbaren“ Wohnungen begründen. In der Vergangenheit konnten das zum Teil eher absurde Vergleiche sein (Lage, Größe, Ausstattung etc.).

Der nächste Mietspiegel für 2024 wird zurzeit bereits in Angriff

genommen. Der Anstieg bei der ortsüblichen Vergleichsmiete dürfte dann deutlich größer ausfallen. Als warnendes Beispiel kann München gelten: Dort war im März der neue qualifizierte Mietspiegel veröffentlicht worden. Er verzeichnet eine Steigerung von 21 Prozent.

Rainer Scholz

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Unterfinanzierter Bezirk ist gezwungen, Prioritäten zu setzen

Gegenwärtig werden auf jeder Ebene Debatten über den Haushalt geführt – im Bund, im Land Berlin und in jedem seiner 12 Bezirke. Mitte scheint es da besonders schwer getroffen zu haben, denn die Bezirksbürgermeisterin verhängte im vergangenen Monat eine Haushaltssperre. Obwohl dadurch unterjährig kaum Einsparungen zu erwarten sind, erhofft sie sich eine Signalwirkung für Ämter und Bürger*innen, aber auch für das gesamte Land Berlin.

Knapper werdende Kassen sind den anderen Bezirksstadträt*innen und mir schon seit geraumer Zeit angekündigt worden. Und doch kämpfe ich weiter für einen ausgeglichenen Haushalt bei Jugend und bei Gesundheit – denn Kürzungen bei den Jüngsten und den vulnerablen Gruppen sind unsozial und verhindern Chancengerechtigkeit. Selbst die Finanzlogik spricht dafür, in diesen Bereichen nicht zu kürzen, weil jeder heute eingesparte Euro deutlich höhere Kosten in der Zukunft zur Folge haben kann. Prävention und frühzeitige Hilfen sind günstiger als Akutversorgung, Intensivbehandlung oder Hilfen zur Erziehung.

Selbst bei gleichen oder sogar leicht steigenden Budgets für die Ämter sorgen Preissteigerungen, Inflation und die vollkommen gerechtfertigten Tarifsteigerungen für erhöhte Fehlbedarfe, d.h. es fehlt



Der Gürtel sitzt schon jetzt eng genug.

Copyright: BY-NC-SA, Museum Weißenfels

an zusätzlichem Geld. Da der Bezirk leider keine eigenen Steuern erheben kann und auf die Zuweisung der Finanzmittel durch das Land angewiesen ist, bedeutet es, dass der Bezirk gezwungen wird, noch stärker Prioritäten setzen zu müssen. In meinen Augen kommt man dabei um Jugend und Gesundheit nicht herum.

Und übrigens trifft der bezirkliche Haushalt nicht nur unsere Mitarbeitenden in den Ämtern und deren Aufgabenerfüllung. Nein, gerade im Bereich Jugend, aber auch beim Sozialamt, sind viele Leistungen an Freie Träger vergeben. Diese benötigen selbstverständlich ebenso ausreichend Mittel um weiterhin (auch gestiegene) Tariflöhne zahlen zu können. In Mitte stellen wir seit

1996 ausreichend Tarifsteigerungsmittel bei den Freien Träger zur Verfügung. Aktuell ist nicht sicher, ob diese gute Tradition fortgeführt werden kann. Einsparungen beim Budget des Jugendamtes hätten katastrophale Folgen, denn etwaige „Polster“ sind aufgebraucht und jede Kürzung bedeutet eine Einschränkung der Angebote für junge Menschen und ihre Familien – kürzere Öffnungszeiten in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, weniger Kreativ-, Bastel-, Sport- oder Tonstudiokurse, weniger Beratungsstunden für Unterstützungsbedürftige... die grausame Liste hätte kein Ende.

Christoph Keller,

Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit

Was bitte ist Gemeinwohl?

Die vom Bezirksamt bereits am 13.6.2023 verhängte Haushaltssperre wird negative Konsequenzen haben. Für Leistungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, dürfen während der Sperre keine Ausgaben getätigt werden. Ob die Sperre zu diesem Zeitpunkt notwendig und zielführend ist, darüber hätte im zuständigen Hauptausschuss beraten werden und die Sperre bis dahin ausgesetzt werden müssen. Unser Dringlichkeitsantrag dazu wurde mehrheitlich in den Ausschuss verwiesen, was de facto dazu führt, dass die Mittel gesperrt bleiben.

Was die Haushaltsplanaufstellung für 2024/25 betrifft, so haben wir uns dafür stark gemacht, dass Tarifsteigerungen durch den Bezirkshaushalt gedeckt sind. Unterstützt wurde die Forderung von Akteur*innen der Jugendhilfe und Jugendso-

zialhilfe, die dazu auch mit Schrifttafeln zum Protest vor dem BVV-Saal standen. Durch einen Änderungsantrag der Grünen wurde unser Appell leider derart verwässert, dass die Verantwortung durch den Satz „bei der Senatsverwaltung dafür einzusetzen...“ auf die Landesebene abgeschoben wird. Leider wurde dies mehrheitlich beschlossen und den Freien Trägern bleibt nichts anderes übrig, als die Tarifsteigerungen zu Lasten ihrer Angebote auszugleichen. Wenn das die Art ist, unsere Jugend konstruktiv zu stimmen und von Randalen zu Silvester abzuhalten, dann weiß ich nicht, was Frau Giffey mit ihren Gipfelgesprächen erreicht hat.

Ein weiteres Thema in der letzten BVV, das viele interessieren wird: Der Stadtrat für Stadtentwicklung, Wohnen und Facilitymanagement, Ephraim Gothe, befürwortet eine Beschleunigung des Beschlusses

für den Umbau des ehemaligen Karstadt-Hauses durch den Konzern Signa. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass vorher nochmal in den zuständigen Ausschüssen beraten werden sollte. Was nämlich unter „gemeinwohlorientierte Nutzung“ zu verstehen ist, muss gründlich erörtert werden. Wir befürworten dabei die Nutzung der Fläche für ein „Haus der Hilfe“, das bereits seit Jahren diskutiert und noch nicht geschaffen wurde.

Leider wurde unser Änderungsantrag überstimmt und überlässt damit dem Investor den Spielraum, den die BVV hätte haben sollen.

Die nächste BVV-Sitzung findet erst am 21. September statt. Ich wünsche allen eine friedliche Sommerpause und kühle Orte zur Erfrischung!

Ingrid Bertermann,

Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

KURZNACHRICHTEN

► Audiowalk „Ihr letzter Weg“

Entlang des Deportationswegs jüdischer Berliner*innen 1943 führt ein zwei-stündiger Audiowalk durch Moabit. Hörstationen an Masten neben Parkscheinautomaten begleiten Passanten von der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße zum Güterbahnhof. Von dort aus sind rund 30 000 Juden in die Konzentrationslager Auschwitz, Majdanek und Treblinka deportiert worden. Schüler der Hedwig-Dohm-Oberschule am Stephanplatz bastelten und verlegten die Anlage „Ihr letzter Weg“.

► Schönheitskur für Hegelplatz

In vollem Gange ist die Schönheitskur für den Hegelplatz. Der Vorplatz an der Dorotheenstraße hinter dem Hauptgebäude der Humboldt-Universität bekommt neues Grün und neue Wege. Drei Skulpturen, zahlreiche Sitzmöbel und ein Versickerungsbeet zur Anpassung an den Klimawandel mit mehr Starkregen gehören zur neuen Qualität der Anlage.

► Planschen sorgen für Abkühlung

Mittes Wasserspielplätze laden zum Planschen ein. Steigt die Temperatur auf 25 Grad, sorgen sie bis Ende August in der Weydemeyerstraße, im Goethe- und Schillerpark, in der Eichendorffstraße und im Volkspark Weinbergsweg täglich von 10 bis 18 Uhr für Abkühlung. Die Plansche in der Singerstraße geht nach ihrem Umbau in Betrieb. Gesundheitsprüfer testeten vor der Eröffnung die Trinkwasserqualität des Wassers der Anlagen.

► „Berliner Kontraste“ im Ephraim-Palais

Bis zum 10. September ist im Museum Ephraim-Palais in der Poststraße 16 die Sonderausstellung „Berliner Kontraste“ zu sehen. Gezeigt werden Bilder Berliner Fotofans - ob Hobby- oder Profi-Fotografen - aus persönlicher Perspektive. Sie spiegeln das derzeitige Wesen und Lebensgefühl der Stadt wider und erweitern damit die Ausstellung „Berliner Kontraste (2004 - 2015) - Fotografien von Frank Silberbach und Nikolas von Safft“.



Jörg Rückmann kreierte attraktiveres, gastlicheres KIZ

Das KIZ, das Kommunikations- und Informationszentrum des Karl-Liebknecht-Hauses am Rosa-Luxemburg-Platz, ist attraktiver und gastlicher geworden. „Wir wollen Leute neugierig machen, sie einladen zum Hören, Schauen und zum Reden“, nennt Jörg Rückmann die Message des erneuerten kleinen Saales mit seinen rotgepolsterten Sitzplätzen und großen Kissen auf dem Sofa.

Der 62-jährige Grafikdesigner hat nicht nur das Konzept dafür initiiert und erarbeitet, sondern auch beim Einrichten kräftig mit Hand angelegt. „In einer gemütlichen Lounge-Atmosphäre wollen wir im persönlichen Gespräch die Positionen unserer Partei DIE LINKE erläutern, Fragen beantworten, Unklarheiten ausräumen - und viel Kultur anbieten. So einen Ort der Begegnung haben sich viele Mitglieder und Sympathisanten schon lange gewünscht.“

Auftakt für das neue KIZ war am 6. Mai die Woche „Befreiung, was sonst?“ mit einer Ausstellung historischer Plakate zum Tag der Befreiung. Vorträge, Buchautoren- und Podiumsgespräche zogen schon Dutzende Interessierte aus Berlin und Umgebung an.

Gleich nebenan in der Abteilung Bürgerdialog, Medien, Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle steht Jörg Rückmanns Schreibtisch. „Von dort bin ich analog und digital im Kontakt mit

Kommunikation suchenden Bürgern - per Telefon 24 009 999, Email kiz@die-linke.de, Brief und im direkten Gespräch“, erzählt er. „Sie nennen uns ihre Sorgen und Ängste in diesen Zeiten der Inflation und des Krieges, machen ihrem Ärger Luft über anmaßende Politiker und manipulierende Massenmedien, aber sie üben auch Kritik an unserer Partei, sagen offen ihre Meinung, wie die derzeitigen Probleme überwunden werden können“, nennt der gebürtige Berliner die derzeitigen Themen. „Und immer wieder höre ich ‚Ihr seid die einzige Partei, die uns antwortet, die unsere Sorgen und Ängste ernst nimmt‘. Das empfinden wir als Bestätigung unserer Arbeit und als Motivation weiterzumachen“.

1961 in Lichtenberg geboren, wurde Jörg Rückmann an der Güstrower Pädagogischen Hochschule Lehrer. Aber viel lieber machte er aus einem Hobby seinen Beruf als Grafiker - zuerst als Pressezeichner, später entwarf er Firmenlogos, Plakate, Bucheinbände, schrieb, fotografierte und gestaltete Ausstellungen. Fünf Jahre lang war er einer der Koordinatoren der Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si“, unter anderem verantwortlich für die Zeitschrift „Revista“. „Jetzt freue ich mich auf viele Gäste im KIZ“, erklärt er voller Optimismus „auf sachliche, ideenreiche Gespräche und gute Stimmung im Erdgeschoss des Karl-Liebknecht-Hauses“.

Matthias Herold

Das ist mehr als nur eine Erinnerung ...

Vor Corona deckte niemand öffentlich die Tische, vor allem nicht auf der Fahrbahn. Jetzt wird vor vielen Restaurants und Cafés unter Sonnenschirmen entspannt gespeist und getrunken...

Doch der Alex verkommt mit Mülleimern, Sparkasse, Saturn, Kaufhaus, TKMaxx und Alexa zur schmutzigen Bahnhofsgegend, es wird gebettelt, campiert, gruppenweise Polizei und Ordnungsamt, unter der Erde ein WC, oben Chaos am Bau, hohe Zäune behindern Einsichten, belanglos die Schauwindower, kein Buchladen, aber Kettengastronomie, hier wird kaum spaziert, eilig gequert und geradelt. Irgendwann werden alle Neubauten gebaut sein, mir gefällt, dass die Tram schleicht, aus der meist mürrisch, selten neugierig ein-, aus- und umgestiegen wird. Überirdisch sind S- und Regio-, unterirdisch ist die U-Bahn... Südöstlich am Platz Steinsitzbänke, um den Brunnen und an U-Bahnzugängen brät die Sonne, kein Hitzeschutz, randständig die kleinen Bäume, und immer gleiche Buden erfreuen jahreszeitlich ein Publikum, zu dem ich nicht gehöre. Wo bleibt das 21. Jahrhundert? An Vergangenes erinnern Rathaus, Kirche, Brunnen, Weltzeituhr, Fernsehturm, Richtung Hum-

boldt-Forum auch keine Flaniermeile, das Cubix-Kino kein Publikumsmagnet. Mittes Herz ist tot, aber Touristen suchen nach Schloss, Linden, Spree, Museen, Brandenburger Tor und Mauerreminiszenzen, hinter den isolierenden Autostraßen und engen Ampel-Übergängen den weltberühmten Alexanderplatz... Der ist wie Molken- und Gendarmenmarkt teils aufgerissen, die U2 pendelt, und was steht dem Hackeschen Markt, der Friedrich-, Leipziger- und Torstraße bevor? Hier befanden sich einst geografisch der Ostberliner Stadtrand, das hauptstädtische Zentrum, die DDR-Hochkultur, Bildung, Konsum, Wohnen und Politisches, umgeben von einer Sektoren- alias Systemgrenze. Nach dieser Geografie hießen Hamburg und München Westen, der Osten waren Rostock, Dresden und Ilmenau, politgeografisch sprach man nicht von deutschem Süden oder Norden... Nach dem Umbruch änderte sich auch das, in der Rosenthaler Straße wurde schnell gebaut und abgerissen, großartig ist der zweite Nachwende-Bau, der von Architekt Tschoban, mit Apple-Store und kostenlosem Know-how für Handy und iPad. Daneben Vodafone, und im Altbauladen



Keine Aussicht auf Einsicht

säbeln kurdische Männer sommers wie winters Döner. Flaneure wollen idyllische Hofdurchgänge, Cafés, schmale Straßen, Kinos, zweimal die Woche strömen Menschenmassen zum dann würzig duftenden kleinen Hackeschen Markt...

Irene Runge

Schrankwände, eine Ziegelei und alte Kähne

Welche Schrankwände sollten in tschechoslowakischen Wohnzimmern stehen? Wie sah eine „suprafunktionale Informations- und Kommunikationseinheit“ aus der Sowjetunion aus? Welche Gestalt sollten praktische wie formschöne Haushaltsgegenstände oder Werkzeuge annehmen? Wie müsste all das zukunftsgerecht und umweltbewusst produziert werden? Antworten, die dafür einst in sozialistischen Ländern gesucht, gefunden und teilweise umgesetzt wurden, vermittelt noch bis zum 16. Juli die Sonderausstellung **„Retrotopia. Design for Socialist Spaces“** im Kunstgewerbemuseum am Matthäikirchplatz. „Die 1950er- bis 1970er Jahre standen zwischen Sputnik und Ölkrise ganz im Zeichen des Booms der Zukunftsorientierung,“ schreiben die Ausstellungsmacher, die Design und Architektur als Teil der Ost-West-Auseinandersetzung im Kalten Krieg sehen. Visionen im Rückblick!

Vom 21. bis zum 23. Juli lädt die Berliner **Universität der Künste** zu „Tagen der offenen Tür“ ein. An über 20 Standorten können Interessierte Architektur, Tanz, Film, Musik, Schauspiel, Mode, Plakatkunst, Design und vieles mehr entdecken. Bei freiem Eintritt in Werkstätten, Ateliers, Studios und Probenräume lernen



Besucherinnen und Besucher junge Künstlerinnen und Künstler und deren Arbeiten kennen. Mehr unter udk-berlin.de.

Berlin wurde aus dem Kahn gebaut. In Stadtnähe befanden sich neben den Wasserstraßen reiche Tonvorkommen und dutzende Ziegeleien. Die größte Europas war die in Mildenberg, einem Ortsteil von Zehdenick. Bis 1991 wurden dort Ziegel produziert, 1997 der **„Ziegeleipark Mildenberg“** eröffnet. Es entstand ein Naherholungsgebiet mit Yachthafen, Gasthaus, Camping- und Abenteuerspielplatz. Zu erleben ist Industriegeschichte ebenso wie eine idyllische Seenlandschaft. Wer jene Kähne kennenlernen möchte, die einst Baumaterial, Kohle und anderes mehr nach Berlin brachten, ist am **Historischen Hafen** an der Mühlendammschleuse in Berlin-Mitte richtig. Zu sehen sind unter anderem Dampf-, Motor- und Floßschlepper, Motorschiffe, Barkassen, Fähren und Dampfeisbrecher. Das älteste Schiff stammt aus dem Jahr 1863. Ein Ausstellungskahn informiert über die Geschichte der Binnenschifffahrt und beherbergt eine schwimmende Hafenbar.



Georg Fehst

Artikel 15 Grundgesetz lebt!

Die Wohnungsvergesellschaftung muss kommen

59,1 Prozent der Berlinerinnen und Berliner haben sich am 26.9.2021 entschieden. Der Senat solle alles unternehmen, um große Wohnungsbestände in öffentliche Hand zu bringen. Beeinflusst wurde diese Richtungsentscheidung durch den extremen Aufwertungsdruck und die steigenden Mieten.

Fast 90 Prozent der Menschen in Berlin leben zur Miete. Die Frage, wem die Mietwohnungen gehören, steht in direktem Zusammenhang mit der Entscheidung zu Miethöhe, Sanierungstätigkeit und allgemein im Umgang mit Mieter*innen. Während die Menschen in landeseigenen und teilweise auch in Genossenschaftswohnungen in den vergangenen Jahren vor Mieterhöhungen weitgehend geschützt waren, explodierten die Mieten im privaten Markt. Die Mietfrage wird im Bestand gelöst – oder sie wird nicht gelöst.

Als sich Rot-Grün-Rot auf die Einrichtung einer hochkarätig besetzten Expert*innenkommission zur Vorbereitung eines Vergesellschaftungsgesetzes einig-

te, hatten nicht wenige Kritik an diesem Verfahren. Mit dem Schlussbericht, der in diesen Tagen veröffentlicht wurde, setzt die Kommission aus Jurist*innen und Wohnungsexpert*innen allerdings ein starkes Signal: Vergesellschaftung ist rechtlich wie finanziell möglich. Selbst viele aus der Initiative selbst hatten nicht mit solch einem positiven Votum gerechnet. Auch die gesetzte Grenze von 3.000 Wohnungen, ein Modell für die Finanzierung durch faire Mieten und die Landeskompetenz hält die Kommission für zulässig. Kurz: es gibt nun keinen Grund mehr, die Umsetzung des Volksentscheids weiter zu verzögern. Der Weg, dass Berlin mit der erstmaligen Anwendung des Artikels 15 Grundgesetz Geschichte schreibt, ist zumindest nach dem Votum der Expert*innen frei.

Nun liegt der Ball bei der schwarz-roten Koalition. Sie muss dem Willen der Mehrheit der Stadt folgen und schnellstmöglich ein Vergesellschaftungsgesetz für den Bereich Wohnen auf den Weg bringen. Wir als LINKE im Abgeordnetenhaus bieten unsere



Expertise dafür an. Es gilt als sicher, dass ein solches Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht geprüft wird. Nach dem Votum der Kommission, die in ihrem über 100-seitigen Bericht viele wichtige Hinweise für den Gesetzesprozess gegeben hat, scheint diese Hürde überwindbar.

Artikel 15 Grundgesetz könnte so zum Hebel für eine Politik von unten werden, die das Gemeinwohl für alle statt der Profite für wenige – auch in Bereichen wie Energie, Gesundheit oder Nahversorgung – in den Mittelpunkt der Daseinsvorsorge rückt.

Tobias Schulze,

ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnetenhaus

Die Polizei und Justiz rücken nach Rechts

Seit Jahren bestimmen Schlagzeilen von rechten Netzwerken in der Polizei die Medien. Aufgedeckt wurden Chatgruppen von Polizisten, die rechte Propaganda mit NS-Bezug teilten oder Einwohnermeldedaten von bekannten Linken oder ihnen nahestehenden Anwältinnen abfragten, die in der Folge Drohschreiben erhielten.

Erst kürzlich wurde ein Polizist, der beim Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei arbeitet, auffällig, weil er online seine Begeisterung für Rassismus, Wehrmacht, AfD und frauenverachtende Inhalte zeigte. Konsequenzen hatte dies bisher für ihn nicht.

Begleitet wird dies durch immer tiefergehende Eingriffe in das Versammlungsrecht und die Arbeit politischer Gruppen. Die störenden, aber harmlosen Proteste der Gruppe „Letzte Generation“ wurden mit Hausdurchsuchungen und Verfahren nach §129a mit dem Vorwurf eine „kriminelle Vereinigung“ zu bilden beantwortet. Polizisten stürmten die Wohnung einer Aktivistin mit gezogener Waffe und richteten sie auf den Kopf der Durchsuchten. Demonstrationsverbote trafen linke Mobilisierungen wie die Kampagne zum Gedenken an

die Vertreibungen von Palästinenserinnen am 20. Mai in Berlin und die Solidaritätsdemonstrationen zu den Urteilsprüchen der Antifaschistin Lina E. am 03. Juni in Leipzig. Während rechte Demonstrationen mit offensichtlichen rassistischen und antisemitischen Inhalten marschieren dürfen, werden linke Demos verboten.

Die Staatsmacht zeigt sich gegen Linke eskalationsbereit, wo sie gegen Rechte zurückhaltend agiert. Polizei und Justiz messen mit zweierlei Maß. Lina E. wurde auf Grund von Indizien zu 5 Jahren und drei Monaten Haft wegen Körperverletzung verurteilt. Im s.g. Fretterode-Prozess wurden Neonazis, die Journalisten mit einem schweren Schraubenschlüssel, Baseballschläger und Messern attackierten, zu gerade mal einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Der mutmaßliche Täter im Neukölln-Komplex wurde zu gerade einmal 18 Monaten Haft verurteilt, ein Mittäter freigesprochen. So zeigt sich wieder einmal, dass die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano recht hatte, wenn sie sagte **„Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.“**

Fabian Nehring



Weltpremiere: Im Karl-Liebknecht-Haus fand kürzlich eine besondere Buchvorstellung statt.

Der Journalist und Autor Hellmut Kapfenberger stellte gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Tobias Bank, und im Beisein des stellv. vietnamesischen Botschafters, Herr Dang Chung Thuy, sein neuestes Buch „Vietnam 1972“ vor. Die aus Notizbüchern und Fotografien seiner Zeit als Vietnam-Korrespondent für den ADN in diesem entscheidenden Kriegsjahr zusammengestellte Dokumentation stieß dabei auf reges Interesse des zahlreich erschienenen Publikums. Auch ein halbes Jahrhundert später war die Notwendigkeit, an den amerikanischen Krieg gegen Vietnam zwischen 1955 und 1975 zu erinnern, deutlich spürbar. Der im Verlag Wiljo Heinen erschienene Band ist im Kleinen Buchladen im Karl-Liebknecht-Haus erhältlich.

DAS IST DAS LETZTE

Als kleiner Junge lebte ich in der Provinz. An unserer Schule gab es einen Hausmeister namens Hempel, für uns Kinder eine Autorität. Er wohnte gleich neben dem Toilettenhäuschen, das seiner wie unserer Bedürfnisbefriedigung diente. Für Herrn Hempel war der anrühige Wohnort mit kurzem Arbeitsweg insofern günstig, als er zumindest im Winter schon früh aus den Federn musste, damit die vielen gusseisernen Öfen in den Klassenzimmern rot glühten, wenn wir Steppkes kurz vor acht zum Unterricht eintrudelten. „Steppkes“ ist korrekt, da es sich um eine Jungenschule handelte. Sinnerweise hieß diese „Frauenfelsschule“. Die Mädels besuchten die Schule nebenan, benannt nach Herrn Martin Luther. Nebst ABC und 1x1 erlernte ich auf dem Frauenfels für nix das Sockenstopfen und für's Leben das Skatspielen. Unsere Pionierfreundschaft hieß „Thomas Müntzer“, den wir irgendwie neben Marx, Lenin und Walter Ulbricht verorten sollten. Wir fühlten uns allemal revolutionärer als die Weiber aus der Schule mit dem Pfaffenamen. Zum Wandertag ging es zum nächstgelegenen Dorfgasthaus, da gab es eine Brause für 13 Pfennige, wahlweise rot oder grün. Dazu ein Würstchen auf die Hand, wir hatten einen Fleischer Sohn als Klassenkameraden. Es waren halt andere Zeiten.

Meine alte Schule ist längst keine solche mehr und strahlt in neuem Glanz. Es entstanden Wohn- und Feerräume, für die viel Geld ausgegeben, aber verlangt oder in den Sand gesetzt wurde. Kanonenöfen gibt es nicht mehr, vielleicht noch einen Hausmeister, der sich nun Facility Manager nennt. Anders als Herr Hempel dürfte er höchstselbst keinen verstopften Toiletten mehr zu Leibe rücken, sondern einen „Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ – ehemals Klempner – beauftragen. In vielen Schulen rieselt allerdings weiter der Putz von den Wänden und Technik von vorgestern muss durchhalten. Lehrerinnen und Lehrer fehlen allüberall. Die Klassenfahrt führt heute nach London oder Barcelona, vorausgesetzt, Mama und Papa verfügen über das nötige Kleingeld. Immerhin haben jetzt alle Westfernsehen. Es sind halt andere Zeiten.

Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 28.06.2023
Ausgabetermin: 09.09.2023 - 07.09.2023

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte

Schulen weiter in Not

Am 25. August enden in Berlin die Sommerferien. Die Situation an den Berliner Schulen ist für das neue Schuljahr weiter total angespannt. Trotz Einführung der Verbeamtung der Lehrer*innen fehlt nach wie vor an ganz vielen Berliner Schulen qualifiziertes Lehrpersonal. Trotz großer Anstrengungen mit Quereinsteiger*innen ist es fast unmöglich, eine durchgängige Sicherung des Unterrichts zu gewährleisten. Derzeit fehlen fast 1500 Lehrer*innen.

Dazu gibt es anscheinend eine Verschiebung der Schwerpunkte in der Berliner Schulpolitik. Die neue Bildungssenatorin von der CDU hat kurz nach ihrer Amtsübernahme erklärt, dass sie mit den Gymnasien viel vor habe. Obwohl sie bis zu ihrer Wahl zur Senatorin stellvertretende Schulleiterin an einer Neuköllner Gemeinschaftsschule war, ist zu befürchten, dass sie sich vordringlich um Gymnasien und Privatschulen kümmern wird.

Dabei schneiden Berliner Schüler*innen im Vergleich mit den anderen Bundesländern als auch mit den europäischen Nachbarn sehr schwach ab. Das hat zu einem großen Teil mit der großen Armut in der Stadt zu tun. Über 20 Prozent der Menschen in Berlin sind von relativer Armut betroffen und ca. jede*r vierte Schüler*in hat große Bildungsdefizite. Deshalb sollte hierauf der Fokus liegen. Trotz erklärten Facharbeitermangels verlassen in Berlin erschreckend viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss und finden nur schwer Arbeit. Die Schaffung von Sekundarschulen unter Rot-Rot in 2010 war der Versuch, dem entgegenzuwirken und den betroffenen Berliner Kindern eine bessere Schulausbildung zu ermöglichen. DIE LINKE hat sich für die Schaffung von vielen Gemeinschaftsschulen eingesetzt, wo alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen können.

Zu den schon vorhandenen großen Problemen im Bildungsbereich kommen jetzt noch steigende Schülerzahlen. In den nächsten 10 Jahren kommen voraussichtlich 25000 neue Schüler*innen hinzu. Dafür sind alleine ca. 30 neue Schulen zu bauen und eine Vielzahl neue Lehrer*innen einzustellen.

Die vergangenen Senate mit Beteiligung der LINKEN haben mit der „Schulbauoffensive“ frühzeitig versucht, ausreichend neue Schulen zu errichten. Auch der große Sanierungsstau an Schulen in verschiedenen Bezirken wurde angegangen. Der Bezirk Mitte hat es besonders schwer, in der dicht bebauten Innenstadt freie Flächen für weitere Schulen zu finden. Trotzdem ist es gelungen, in der Adalbertstraße Ecke Melchiorstraße eine neue vierzügige Grundschule zu errichten. Im Frühjahr 2024 soll dort der Schulbetrieb aufgenommen werden. Hoffentlich gibt es dann für diese neue Schule auch genügend Lehrer*innen.

Thomas Licher

Rechts- und
Sozial-
Beratung



**Links
Treff**

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der **14.07., 28.07., 11.08., 25.08. jeweils von 10 bis 18 Uhr**

Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

- Zum 97. Dora Schmidt, Erika Teltow
- Zum 96. Ingeborg Weber, Jannek Streber
- Zum 93. Edeltraut Naumann, Käthe Streber, Gisela Zachmann, Gertraud Theuring
- Zum 92. Werner Klage
- Zum 90. Nina Freudenberg, Ruth Rümmler
- Zum 88. Marianne Wegricht, Robert Michel, Rudolf Schmidt
- Zum 87. Ellen Richter, Ingrid Stingl,
- Zum 86. Margot Marz
- Zum 85. Brigitte Poppe, Klaus Jacob
- Zum 82. Jürgen Weckesser
- Zum 75. Simone Rothe-Hartau
- Zum 70. Frank Stöcker

Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

- Zum 96. Günter Paulus
- Zum 95. Ruth Schirm
- Zum 90. Resel Wolfrum
- Zum 88. Gisela Jungklaß
- Zum 87. Ursula Gladitz, Susanne Kiewel, Dorothea Seidel
- Zum 84. Henning von Schirrmeyer
- Zum 82. Sigrid Schieck, Helmut Ettinger
- Zum 81. Sonja Steinke